

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Drahtschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Saupfandamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Zirkel:
Riesa Nr. 52.

Nr. 157.

Mittwoch, 9. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Redaktionen, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Kapitalflucht.

Wenn man den Schätzungen, die auch von amtlicher Seite gemacht worden sind, glauben darf, sind mindestens 9 Milliarden Reichsmark nach dem Auslande gebracht worden, um es dort zu sichern und dem deutschen Steuergewinn zu entziehen. Tatsächlich begann die Abwanderung deutscher Gelder in der Zeit, als immer wieder von einer neuen deutschen Inflation geredet wurde. Noch hatte man die Erfahrung der letzten Inflation hinter sich, wußte, wie viele reich geblieben waren, weil sie in der Schweiz oder in Holland Werte besaßen und verurteilte es, diesen jetzt gleich zu tun. Man kann ruhig sagen, daß ein erheblicher Teil des gereinigten Vermögens dadurch gereinigt wurde, daß es im Auslande angelegt worden war. Schon vor dem Krieg liebten es ja die Kapitalisten, mit dem Auslande zu arbeiten und deutsche Gelder in ausländischen Unternehmungen eine große Rolle. Es gab damals noch nicht die Erfahrungen einer Geldentwertung, diejenigen indessen, die Auslandskonten unterhielten, machten gute Erfahrungen und konnten sich auch nach der Stabilisierung nicht entschließen, in Deutschland Gelder anzulegen. Man überließ es den Ausländern, deutsche Werte zu schmelzen und zu kaufen, ganze Stadtteile in Besitz zu nehmen. Und doch hätte deutsches Kapital, das in der Schweiz und in Holland war — sicherlich eingereicht, die Auslandsläufer zu verdrängen. Es wurde sogar behauptet, es hätte genügt, um die Entwertung aufzuhalten und die Flucht aus der alten Mark zu verhindern. Von diesen seit einigen Jahrzehnten im Auslande investierten Kapitalisten ist wohl nur ein kleiner Prozentsatz im Laufe der Jahre zurückgekehrt. Aber neu erworbene Vermögen sind daneben ausgewandert. Privat- und Geschäftsvermögen hat Anlage im Auslande gesucht und gefunden.

Bekannt ist sich, daß tatsächlich 9 Milliarden im Auslande liegen, so ist das deutsche Volk tatsächlich nicht so arm, oder richtiger, es gibt genügend deutsches Kapital, es gibt genügend Kapitalisten. Je mehr Gründe es gab, das Geld zu — verziehen, um so weiter wurde der Preis der Steuerpflichtigen. Die Steuerflucht war das stärkste Moment, das später, als man an die deutsche Währung zu glauben wagte, die Abwanderung deutschen Geldes verurteilte. Es läßt sich ja leicht ausrechnen, wie leicht selbst das größte Kapital zusammenschmelzen kann, wenn es der Steuer offen liegt und selbst keine Verzinsung hat, die den Stamm wieder aufzufüllen vermag. Dagegen kommt das Ausland gerade dem Kapital weitgehend entgegen, wendet ihm Kapitalienführer und erhebt so geringe Steuern, daß sie aus den Klüsen leicht besaßt werden können, ohne daß der Stammbetrag geschmälert wird. Die Schweiz und Holland haben die Situation sehr bald erkannt und sind gewissermaßen Vorkämpfer deutscher Kapitalisten geworden. Selbst das kleine Luxemburg hat das Recht, von einem Kapitalausfluß zu reden und von einem Anwachsen der für den kleinen Staat erfreulichen Steuererträge aus den Geldern, die über die Grenze kamen.

Gewiß sind diejenigen Privatleute, die ihr Kapital über die Grenze in Sicherheit brachten, zu zählen. Immerhin lohnt es sich, einmal in Holland, in der Schweiz, auch in Schweden umzuschauen zu halten. Man wird vielen deutschen „Privatiers“ begegnen, die angeblich der schönen Ruhe und Landschaft wegen, sich ins Ausland zurückgezogen haben, in Grunde aber das Rechenexempel aufstellten, wie vorteilhafter es sei, weniger Steuern zu zahlen und deshalb eine größere Rente genießen zu können. Das größte Kapital indessen, das sich im Auslande befindet, gehört den großen Unternehmungen, die immer mehr dazu übergeben, entweder ihre Hauptstelle im Auslande zu etablieren oder eine Dachorganisation zu schaffen, die im Auslande faktoriert, das Geld verwaltet. Gerade die größten Industrie- und Handelsunternehmungen dominierten mit ihren Hauptstellen im Auslande. Aus Luxemburg wurde erst kürzlich gemeldet, daß dort sich zahlreiche deutsche Firmen angesiedelt haben, die im Lande nichts weiter als ein Hauptbüro unterhalten. Die Auslandsbanken schwammen im Gelde und haben Mühe, es unterzubringen. In der Schweiz bemühen sich einige Kantone fortwährend, deutsche Rentner zur Ansiedelung zu bewegen und geben andauernd große Erleichterungen.

Durch diese Kapitalabwanderung aus dem Reiche gehen dem Staate viele Steuern verloren. Und es fragt sich, was geschehen muß, um das Geld zurückzuholen oder wenigstens weitere Abwanderung zu vermeiden. Versuche, mit dem Auslande Abkommen über die Erstattung der eingewanderten Vermögen zu treffen, sind gescheitert. Deshalb ist es berechtigt, wenn nach Mitteln und Wegen geforscht wird, von den vielen Milliarden, die ersichtlich abgewandert sind, einige zurückzuholen. Das daneben noch Milliarden flüchtig geworden sind, die offensichtlich eine Steuerflucht unternahmen und die streng verheimlicht werden, ist selbstverständlich. Man hat eine Steueranleihe vorgeschlagen, eine Herabsetzung der Kapitalsteuern. Soweit aber kann Deutschland mit seinem Steueranleihe gar nicht geben, um den Anreiz zur Rückkehr des Kapitals zu bieten. Die Schweiz, Holland, Luxemburg, Schweden erheben so niedrige Kapitalsteuern, daß sich das Kapital auf ein Experiment gar nicht einzulassen braucht. Man hat deshalb auch strenge Maßnahmen, also hohe Strafen für Kapitalverlängerer vorgeschlagen. Das indessen ein solches Gesetz durchkommt, würden die Kapitalisten längst ihrem Kapital gefolgt und persönlich, soweit das noch nicht geschehen ist, ins Ausland gezogen sein. Demnach

Aussprache über die Dedungsvorlagen im Reichstag.

Abd. Berlin, 8. Juli, 8 Uhr.
In der Dienstag-Sitzung des Reichstages wurde die zweite Beratung des

Saushalts des Reichsfinanzministeriums

fortgesetzt.
Abg. v. Sebel (Christl.-Nat. Bauernp.) erklärte die Notlage des Ost- und Gemüchbaues mache einen Kurswechsel nicht nur in der Handelsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Sparmaßnahmen des Haushalts würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Grundsteuer ist noch unregelmäßiger als die Gewerbesteuer. Um diese unregelmäßigen Steuern senken zu können, muß der Verwaltungskostenbeitrag noch vor der Sommerpause des Reichstages beschlossen werden. Die starken Bedenken gegen eine Gemeindebeitragssteuer bestehen unverändert fort. Die im Zusammenhang mit der Preisentwertung notwendige Senkung der Löhne und Gehälter muß direkt und einheitlich erfolgen, nicht auf dem Wege einer Sonderbelastung bestimmter Gruppen. Ein Junktim amischen Osthilfe und Dedungsvorlagen wäre nicht zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Gremer (Dvp.) wies die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung mit dem Ziel, diese Verwaltung überflüssiger zu gestalten, und den Reichsfinanzminister von der Überfülle seiner Aufgaben zu entlasten. In dieser Verwaltung könnten wesentliche Einsparnisse gemacht werden. Dem Minister stimmen wir darin zu, daß gewisse Reformen angeordnet werden müssen. Wir haben immer die Forderung aufgestellt, die Finanzverwaltung zu ändern und eine gewisse Selbstbeschränkung des Parlaments in der Ausgabebewilligung durchzuführen. Leider sind unsere dahingehenden Anträge noch nicht einmal bis zur Ausschussberatung gelangt. Das Dtprogramm müßte in engem Zusammenhang mit der Dedungsfrage behandelt werden. Es war ein Fehler, daß Silberbergs Sparprogramm nicht energischer weiter verfolgt worden ist.

Die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung können nicht ins ungemessene erhöht werden. Der Beitrag der indirekten Steuern findet seine Grenze am Konsumrisiko. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unheilvolle Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muß getrennt werden.
Unsere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1929 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Die Aufhebung der Wirtschaft im wesentlichen Sache der Privatinitiative sein müssen. Ihr muß freilich die Bahn frei gemacht werden durch Senkung der auf der Privatwirtschaft ruhenden Lasten. Die sogenannte Reichshilfe der Beamten ist ein Unwesen, der den Eindruck erweckt, als wolle man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. (Zuruf des Abg. Schuldt (Dem.): „Molkenbauer!“). Wenn die Deutsche Volkspartei ihre Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Molkenbauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in der Zeit der Not alle Volksschichten gleichmäßig zu Opfern herangezogen werden müssen und daß dann auch die Beamtenhaftigkeit nicht ausfallen wird. Der Verwaltungsbeitragsbeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Mit dieser Abgabe können nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern die allgemeinen Finanzen saniert werden. Man kann diese Abgabe zulassen und es den Gemeinden freistellen, dazu Zuschläge zu erheben. Die Realsteuer könnten entsprechend gekürzt werden. Die Vermögenssteuer muß differenzierter werden nach der wirtschaftlichen Lage und nach den Verpflichtungen der Beteiligten. Der Zuschlag zur Einkommensteuer widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verbilligung einer Steuerentlastung zum Zwecke der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Dedungsprogramm gegenüber entspringt der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Wenn immer noch in der Presse vom Ermächtigungsgesetz und von anderen Plänen gesprochen wird, so kann das nur zur Beunruhigung der Wirtschaft führen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie versuchen wird, sich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung eine Mehrheit zu sichern.

Abg. Collofer (W.P.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Die von der Regierung vorgeschlagenen Etatsabstriche seien gewiss zu gering, ein andauernder Abbau sei aber nur durch Abbau von Gesetzen möglich. Auch in die Gemeinden müsse Spar-

samkeit einziehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit dem Realsteuer sei deshalb nötig. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Bekämpfung der sogenannten Genuehmigkeit nicht mehr möglich sei.

Ein Pensionsfürsorgegesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der angespannten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen mit Entschiedenheit angefaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Im ganzen sei mit den Vorschlägen der Regierung ein beschleunigter Anfang zur wirklichen Gesundung der Wirtschaft gemacht. Zur endgültigen Sanierung gehöre aber auch die Arbeitsdienstpflicht der Jugend, die Verteuerung der öffentlichen Betriebe und der Umbau der Verwaltung und Gesetzgebung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, daß der Reichsfinanzminister sich gestern darauf beschränkt hat, nur die jetzige Regierungsvorlage zu verteidigen, ohne ein endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Ohne ein solches Programm ist eine Hebung der augenblicklichen Finanzschwierigkeiten gar nicht möglich. Wir brauchen eine organisierte Preisentwertungsaktion. Sie kann aber nicht erreicht werden, wenn Preußen durch Gesetz die Renten erhöht, wenn die Gemeinden den Verkehr versteuern, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Kartellpreise gesenkt werden, ebenso wie die Kleinhandelspreise. Wenn die Preisentwertung erreicht ist, dann können und müssen wir auch zu einer Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß. Erst dann wird die Beamtenhaftigkeit auch einer Gehaltsentlastung zustimmen, während das von Dr. Molkenbauer vorgeschlagene einseitige Kopier der Beamten mit Recht auf schärfste Ablehnung stößt. Es ist jetzt die Zeit gekommen, die Kapitalflucht in jeder Form als ein Verbrechen am Vaterland zu brandmarken. Ich würde es begrüßen, wenn bei jeder Steuerreform eine eibliche Erklärung darüber gefordert wird, welches Kapital direkt oder indirekt im Auslande angelegt ist. Dieses Kapital könnte dann höher besteuert werden als das inländische.

Die Reinigung zur Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen zur Solidität der deutschen Finanzwirtschaft wieder hergestellt wird. Das kann nur geschehen durch eine grundlegende Finanzreform. Eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen wird nur möglich sein, wenn sofort auch die Gemeindefinanzen saniert werden. Das kann geschehen durch Verzehrsteuer oder Bürgerabgabe, aber es muß zugleich bestimmt werden, daß die Realsteuer der Gemeinden auf die Höhe des Vorjahres zurückgeführt werden. Wir begrüßen den letzten Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, daß weitere Einsparnisse möglich sind und daß die Vorschläge des Haushaltsmanche wertvolle Hinweise dazu enthalten. Wir hoffen, daß auch die Regierung in eine sachliche Prüfung dieser Vorschläge eintreten wird. Den Dedungsvorschlägen der Regierung stehen wir außerordentlich feil gegenüber (Zuruf: Öst!). Ein Kopier der Beamten können wir nur billigen, wenn es sich einfügt in ein allgemeines Kopier aller leistungsfähigen Schichten. Die Behörden-Angehörigen können zu einer solchen Reichshilfe nur herangezogen werden, soweit ihre Stellung ebenso gesichert ist wie die der Beamten. Wir bedauern, daß die Regierung nicht ein organisches Reformprogramm dem Parlament vorzulegen hat.

Abg. Feine (Soz.) erklärt, der deutschnationalen Abgeordnete Wienbed habe eine gegen die Konsumvereine gerichtete Interpellation im Reichstag eingebracht. Diese Interpellation, die schon vor ihrer Einreichung in der Reichspresse veröffentlicht wurde, stelle Vorgänge im Gürtler Konsumverein durchaus falsch dar.

Min.-Direktor Jarden erklärt zu der Interpellation Wienbed, daß die Niederschlagung einer dem Gürtler Konsumverein vom Reichsfinanzhof auferlegten Steuernachforderung nach denselben Grundätzen erfolgt sei, die für alle Genossenschaften gelten.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 8 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht auch die dritte Beratung des Proiektgesetzes.

besteht gar keine Möglichkeit, das so bewegliche Kapital zu erfassen. Die Wünsche auf seine Rückkehr werden immer bleiben, zurückzuführen wird es aber auch nur teilweise erst dann, wenn wir wirklich gesunde Verhältnisse im Innern haben, diese Verhältnisse stabilisiert sind, die Steuern normal niedriger werden und sich in Deutschland Geschäfte machen lassen, die eine gute Verzinsung verschaffen.

Im übrigen haben wir ja die Sehnsucht nach dem abgewanderten Kapital nicht erst jetzt, nicht erst seit der Inflation. Wer ein gutes Gedächtnis hat, wird sich erinnern, daß schon vor dem Kriege sehr viel über die Abwanderung des Kapitals geklagt wurde. Wie gesagt, war es üblich, nur ein Teil des Kapitals im Inlande zu lassen. Auch die regierenden Mächte bildeten keine Ausnahme. Und die Beschlagnahme des Auslandsvermögens während des Krieges in den gegnerischen Ländern

hat uns ja genugsam belehrt, wieviel in England, Frankreich, Amerika, in Italien lag und dem Zugriff der dortigen Regierungen verfiel. Nur hat man früher das Kapital, weil Deutschland reich war, nicht so übel gebraucht. Es wanderte auch mehr, kam zurück, um wieder zu verschwinden. Man liebt die einträglichen Geschäfte auf der ganzen Welt. Damals kam das Schlagwort von dem Kapital, das international sei. Heute ist es in diesem Sinne nicht mehr international, sondern darauf bedacht, Sicherheit zu finden.

Es lohnt sich nicht, auszumachen, wie gut es und gehen könnte, wenn die verlästerten Milliarden im Lande lägen. Es lohnt aber auch nicht, wie schon gesagt, an Maßnahmen zu denken, die magnetisch Geld herbeiziehen. Wir sehen, wenn die Kapitalflucht nicht international geregelt wird, vor einem unüberwindlichen Problem.

Ernst Duadt